

## Schwerpunkte der CDU-Fraktion

- **Sanierungsstau bei Landesstraßen beseitigen: 90 Mio. Euro jährlich investieren**
- **Höhere Investitionen für die Sanierung von kommunalen Straßen, Krankenhäusern und Sportstätten**
- **Investitionen höher als 2012, Quote bei 7,8%**
- **Mehr Geld für Hochschulen und 200 zusätzliche Lehrer**
- **Einrichtung eines Fonds für Barrierefreiheit und Übernahme der Kosten der Pflegeausbildung**
- **„Hilfsfonds“ für die Polizei und zusätzliche Anwärter-Stellen zum Schließen der strategischen Lücke**
- **Senkung der Neuverschuldung um 42 Mio. Euro auf weniger als 200 Mio. Euro**

### **Sanierungsstau bei Landesstraßen beseitigen: 90 Mio. Euro jährlich investieren**

Um die Landesstraßen wieder in den guten Zustand des Jahres 1990 zu versetzen, bedarf es jährlicher Investitionen von 90 Mio. Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre. Der Haushaltsentwurf von SPD, Grünen und SSW stellt selbst nach den Änderungsanträgen mit 30 Millionen Euro nicht einmal genug Geld zur Verfügung, um den derzeitigen, schlechten Straßenzustand zu erhalten.

Die CDU-Antrag will die Mittel an den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr deshalb um die fehlenden **64 Mio. Euro** aufstocken. Darüber hinaus erhält der Landesbetrieb weitere **5 Mio. Euro** zur zügigen Planfeststellung laufender und künftiger Bauvorhaben bei Landes- und Bundesstraßen (Rader-Hochbrücke, Fehmarn-Sund-Brücke, A20).

### **Höhere Investitionen für die Sanierung kommunaler Straßen, Krankenhäuser und Sportstätten**

Um auch den Kommunen mehr Geld für die Sanierung ihrer Straßen zu geben, will die CDU-Fraktion die Mittel für kommunale Infrastruktur um **11,3 Mio. Euro** aufstocken. Damit wird auch die CDU-Forderung erfüllt, den Kommunen im Rahmen der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes 36 Millionen Euro aus Landesmitteln zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus will die CDU knapp **10 Mio. Euro** Bundesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zugunsten des kommunalen Straßenbaus umwidmen. Die Umschichtung erfolgt durch Kürzungen bei den Bundesmitteln für den Radwegebau sowie für ÖPNV-Maßnahmen.

Zum Abbau des Sanierungsstaus bei den Krankenhäusern will die CDU neben der bestehenden Finanzierung aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung /

Krankenhausfinanzierung der Investitionsbank wieder einen direkten Investitionszuschuss aus dem Landeshaushalt in Höhe von **10 Mio. Euro** jährlich einführen.

Wie bereits zum Haushalt 2014 will die CDU-Fraktion außerdem ein Sanierungsprogramm für kommunale Sportstätten auflegen. Mit einem Landeszuschuss von jährlich **4 Mio. Euro** soll der mit rund 60 Mio. Euro bezifferte Sanierungsstau im Laufe der nächsten 10 Jahre beseitigt werden.

Vorgesehen sind darüber hinaus weitere Investitionen im Bereich des ländlichen Wegebbaus, der Herstellung von Barrierefreiheit, sowie bei Investitionszuschüssen an Hochschulen und Privatschulen.

### **Investitionen höher als 2012, Quote bei 7,8 Prozent**

Durch ihre Anträge will die CDU-Fraktion eine Steigerung der Investitionen auf über 800 Millionen Euro erreichen und damit mehr Geld für Investitionen ausgeben, als 2012. Die Quote steigt auf Basis des heutigen Haushaltsvolumens auf 7,8 Prozent.

### **Mehr Geld für die Hochschulen und für 200 zusätzliche Lehrer**

Die Hälfte der Mittel aus der BAföG-Entlastung durch den Bund (36,4 Millionen Euro) kommt mit dem CDU-Haushaltsantrag den Hochschulen zugute. Die entsprechenden Titel werden um insgesamt **18,2 Mio. Euro** proportional zur bisherigen Zuschussgewährung aufgestockt.

Die CDU-Fraktion begnügt sich angesichts des Unterrichtsausfalls nicht wie SPD, Grüne und SSW damit, den zum Schuljahr 2015/2016 vorgesehenen Abbau von 365 um 200 Lehrerstellen abzumildern. Die CDU will darüber hinaus **200 Lehrerstellen** zusätzlich schaffen. Mit dann insgesamt 400 Lehrerstellen wird der vorgesehene Stellenabbau vollständig ausgeglichen und darüber hinaus dem zusätzlichen Bedarf (Erhalt kleiner Grundschulen, Förderschulen) Rechnung getragen.

Im Gegenzug verzichtet die CDU-Fraktion auf die Einführung von Schülern. Nach Auffassung der CDU bedarf es hierfür keiner Hilfskräfte. Die Aufgabe muss von ausgebildeten Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen wahrgenommen werden.

Nach der Neuordnung der Privatschulfinanzierung sieht der CDU-Haushaltsantrag die Einführung eines Zuschusses für Investitionen in Höhe von **1 Mio. Euro** vor, um auf diese Weise dem Investitionsbedarf insbesondere bei den privaten berufsbildenden Schulen gerecht zu werden.

### **Einrichtung eines Fonds für Barrierefreiheit und Übernahme der Kosten der Pflegeausbildung**

Wie schon mit den Haushaltsanträgen 2013 und 2014 will die CDU einen Fonds für Barrierefreiheit einrichten. Mit einem Volumen von **1,25 Mio. Euro** sollen Strukturverbesserungen für Menschen mit Behinderungen gefördert werden.

Durch eine Aufstockung der Förderung für die Ausbildung in der Altenpflege um **1,7 Mio. Euro** soll sichergestellt werden, dass jeder, der eine Ausbildung in der Pflege absolviert, diese Ausbildung finanziert bekommt.

### **„Hilfsfonds“ für die Polizei und zusätzliche Anwärter-Stellen zum Schließen der strategischen Lücke**

Nach dem Vorbild Bayerns will die CDU einen „Hilfsfonds“ für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Volumen von **250 TEUR** einzurichten, aus dem das Land zukünftig bei der Erstattung von entstandenen Schmerzensgeldansprüchen in Vorleistung tritt.

Die CDU-Fraktion lehnt die von der Landesregierung vorgesehenen Stelleneinsparungen bei der Polizei ab. Stattdessen setzt sich die CDU-Fraktion dafür ein, den zusätzlichen Personalbedarf zum Schließen der strategischen Lücke schrittweise bereitzustellen. Hierzu werden zum Ausbildungsbeginn in 2015 zusätzliche **40 Anwärterstellen** eingerichtet. Dies ist der erste von vier Schritten, um insgesamt 160 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auszubilden und einzustellen.

### **Senkung der Neuverschuldung um 42 Mio. Euro auf weniger als 200 Mio. Euro**

Alle Mehrausgaben des CDU-Haushaltsantrages sind durch Umschichtungen, Ausgabenkürzungen und Anpassungen von Haushaltsansätzen vollständig und strukturell gegenfinanziert. Die von der CDU vorgesehenen zusätzlichen Investitionen, mehr Lehrerstellen und höheren Zuschüsse werden im Unterschied zur Landesregierung und den Regierungsfractionen ohne zusätzliche Schulden finanziert.

Die von der CDU-Fraktion angesetzten Gesamtausgaben liegen um 19 Millionen Euro unter denen der Regierungsfractionen.

Darüber hinaus beinhaltet der CDU-Antrag die Absenkung der von der Landesregierung vorgesehenen Neuverschuldung in Höhe von 242,5 Mio. Euro um **42,7 Mio. Euro** auf weniger als 200 Mio Euro. Hierzu werden vorhandene Rücklagen der Ministerien aufgelöst und die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer auf den Erfahrungswert der Vorjahre angepasst. Eine möglichst niedrige Neuverschuldung ist die beste Vorsorge für eventuelle zukünftige Risiken!